Pra 97 (2008) Nr. 86

Bundesgericht, I. sozialrechtliche Abteilung

Entscheid vom 14.12.2007 i.S. C. c. Gemeinde X. (8C_92/2007)

Übersetzt von REMO BORNATICO

(Originaltext italienisch. Publikation in der Amtlichen Sammlung erfolgt.)

BGE 134 I 65

Sozialhilfe; freiwilliger Vermögensverzicht (Art. 12 BV; Art. 2 Abs. 2, 289 Abs. 2, 328, 329 ZGB; Art. 3 c Abs. 1 lit. g aELG). *Sozialhilfe an einen zum Bezug von Ergänzungsleistungen zur AHV berechtigten Vater, der freiwillig auf einen Teil seines Vermögens verzichtet hat, indem er diesen seinen Kindern als Erbvorbezug überlassen hat. Da kein offensichtlicher Rechtsmissbrauch vorliegt, darf das in Art. 12 BV garantierte Existenzminimum nicht verweigert werden. Regressmöglichkeit gegenüber den Kindern gestützt auf Art. 328 und 329 ZGB (E. 2 – 7).*

Sachverhalt:

C., geboren 1923, Witwer, ist in der Gemeinde X. wohnhaft. Seit Mai 2004 ist er im Alterspflegeheim O. in G. untergebracht. Er bezieht eine Altersrente sowie eine Hilflosenentschädigung der AHV. Darüber hinaus erhält er eine Ergänzungsleistung zur AHV-Rente. C. ist Vater von zwei Kindern, M., geboren 1964 und in I. wohnhaft, sowie A., geboren 1968, wohnhaft in Y. Die sich auf CHF 263.– monatlich belaufende Ergänzungsleistung wird in Abhängigkeit namentlich eines Vermögens von CHF 105 195.– berechnet. Letzteres setzt sich zusammen aus einem (hypothetischen) Betrag von CHF 104 198.– als Anrechnung von im Jahre 1997 den Kindern abgetretenem Vermögen und einer Spareinlage von CHF 997.–. Nach Abzug des Freibetrages von CHF 25 000.– gelangt man zu einem Nettovermögen von CHF 80 195.–. Dieses wird für das massgebliche Einkommen im Umfang eines Fünftels, was CHF 16 039.– entspricht, berücksichtigt.

Am 29. April 2005 liess C. durch den Sozialdienst M. der Gemeinde X. ein Gesuch um öffentliche Fürsorge einreichen, das er in der Folge am 19. April 2006 bestätigt und präzisiert hat. Das Gesuch war auf die Übernahme eines monatlichen [Seite 560] Beitrages von CHF 1284.– für die nicht gedeckten Kosten des Aufenthaltes im Institut O. durch die Gemeinde gerichtet. Dieser Betrag entsprach der Differenz zwischen dem Bedarf (CHF 4133.–) und den Einnahmen (CHF 2849.–).

Mit Entscheid vom 12. Juli 2006 hat die Gemeinde das Gesuch abgewiesen und dabei in erster Linie erwogen, dass die momentanen steuerbaren Einkommen der Kinder, nämlich CHF 58 000.– für M. und CHF 23 500.– für A., in jenem Zeitpunkt nicht derart waren, dass sie eine auf dem Familienrecht gestützte Unterstützungspflicht rechtfertigen. Gestützt auf den die Ergänzungsleistungen betreffenden Entscheid hat sie indessen festgestellt, dass der Gesuchsteller Vermögen in der Höhe von CHF 105 196.– (recte: CHF 104 198.–) abgetreten hatte. Ohne diese Abtretung hätte die Ergänzungsleistung CHF 1555.– monatlich betragen. Unter Berücksichtigung des abgetretenen Vermögens überstiegen die monatlichen Einnahmen die Ausgaben um CHF 95.–, gemäss folgender Rechnung:

Einnahmen:

- a. AHV-Rente CHF 1726.–
- b. Hilflosenentschädigung CHF 860.–
- c. Ergänzungsleistung CHF 263.–
- d. Verzicht auf das Vermögen CHF 1336.– (CHF 16 039.–: 12)
- e. Zinsen auf CHF 1336.–, ergibt CHF 43.–

Total CHF 4228.-.

Ausgaben

- a. Krankenversicherungsprämie CHF 228.-
- b. Pauschalbetrag für untergebrachte Person CHF 255.-
- c. Unterbringungskosten CHF 3650.-

Total CHF 4133.-

Mit Urteil vom 16. Januar 2007 hat das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden die Beschwerde von C. gegen diesen Entscheid abgewiesen.

C. erhebt Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten beim Bundesgericht und beantragt, die Gemeinde X. in Gutheissung seines Gesuchs zu verpflichten, ihm ab 1. Februar 2006 CHF 1284.- monatlich zu bezahlen, nebst Zinsen von 5 % von der Einreichung des Gesuches an. Eventualiter beantragt er die Rückweisung des Falles an die Vorinstanz zur neuen Entscheidung.

Die Gemeinde X. beantragt die Abweisung der Beschwerde.

[Seite 561]

Aus den Erwägungen:

1. [. . .]

2.

Obwohl er nicht ausdrücklich vom Gesetz festgelegt wird, verlangt der Grundsatz der Subsidiarität nach Ansicht der erstinstanzlichen Richter, das Vermögen zu berücksichtigen, auf welches der Gesuchsteller freiwillig verzichtet hat. Zur Bestimmung des entsprechenden Betrages sei es angebracht, sich analog auf die Bestimmungen des ELG zu beziehen, die in allen Gebieten der Leistungen sozialen Charakters anwendbar seien. Die Erstrichter anerkennen, dass der Gesuchsteller sich in einer Notlage befindet. Ihrer Auffassung nach stellt sich als Hauptfrage, ob die Pflicht zur Übernahme der Kosten für den Unterhalt des Beschwerdeführers der Gemeinde oder kraft des Grundsatzes der Subsidiarität den Kindern obliegt. Die kantonalen Richter stellen fest, dass der Gesuchsteller vorliegend ein nicht mit Hypotheken belastetes Wohnhaus am 22. September 1997 im Sinne eines Erbvorbezugs dem Sohn abgetreten hat, wobei er sich dabei für sich und seine in der Zwischenzeit verstorbene Ehefrau ein Nutzungsrecht vorbehalten hat. Trotzdem hätte der Sohn das Haus Dritten vermietet, die einen jährlichen Mietzins von CHF 7200.- bezahlten. Auch den der Tochter des Gesuchstellers abgetretenen Vermögenswerten könne ein Marktwert beigegeben werden. Die kantonalen Richter halten dafür, dass die Gemeinde, indem sie die Berechnungen der für die Ergänzungsleistungen zuständigen Behörden übernommen habe, nichts anderes getan habe, als die tatsächlichen Werte zu berücksichtigen. Es sei daher Sache der Personen, die ohne Gegenleistung von der Vermögensabtretung seitens des Gesuchstellers profitiert hätten, ihm den nötigen Beistand zu leisten. Erst wenn diese Quellen versiegt seien, werde die Gemeinde die öffentlichen Sozialleistungen, deren der Beschwerdeführer noch bedürfe, erbringen müssen.

2.2 Der Beschwerdeführer rügt eine willkürliche Feststellung des Sachverhaltes und der Beweiswürdigung (Art. 9 BV). Er anerkennt, im Jahre 1997 einen Teil seines Vermögens den Kindern als Erbvorbezug abgetreten zu haben. Dem Sohn A. habe er das Wohnhaus in X., der Tochter M. einen Stall, ebenfalls in X., sowie einen Miteigentumsanteil (1/3) an einem in R. gelegenen Haus abgetreten. Beide Kinder hätten sodann Wälder ohne Marktwert erhalten. Nach Meinung des Beschwerdeführers sei das Wohnhaus nicht ohne Gegenleistung abgetreten worden, da die Abtretung mit einem Nutzungsrecht zu seinen Gunsten und zu Gunsten seiner Ehefrau verbunden gewesen sei. Dieses Recht sei infolge seiner Einlieferung in das Alterspflegeheim O. mit Wirkungen ab 13. April 2005 gelöscht

worden. Es treffe zu, dass das Wohnhaus in X. für einen jährlichen Mietzins von CHF 7200.– an Dritte vermietet sei. Die erstinstanzlichen Richter hätten indessen die Tatsache nicht berücksichtigt, dass das Haus mit einer ersten Hypothek [Seite 562] und einem hypothekarischen Darlehen von insgesamt CHF 148 000.– belastet sei. Die gesamte Hypothekarzinsbelastung belaufe sich auf CHF 15 200.– jährlich – einen höheren Betrag als der Mietzinsertrag. Schliesslich sei der Miteigentumsanteil der Tochter M. zum Verkauf angeboten worden, aber ohne Erfolg.

Der Beschwerdeführer macht sodann eine Verletzung von Art. 12 BV und der Grundsätze der Rechts- und Verhältnismässigkeit sowie die willkürliche Anwendung des kantonalen Rechts seitens der erstinstanzlichen Behörde geltend.

3.

3.1 Gemäss Art. 12 BV hat, wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind. Die Hilfe in Notlagen ist in dem Sinne der Beachtung des Grundsatzes der Subsidiarität untergeordnet, als sich nicht darauf berufen kann, wer objektiv in der Lage ist, sich aus eigener Kraft die für sein Überleben unverzichtbaren Mittel zu beschaffen. Bei einer solchen Person wird nicht angenommen, dass sie sich in einer Notlage befindet, was notwendige Voraussetzung ist, um in den Genuss einer Hilfe zu gelangen (BGE 131 I 166 E. 4.1 S. 173; 130 I 71 E. 4.3 S. 75). Ausserdem garantiert die Bundesverfassung nur das Recht auf ein Existenzminimum und überlässt dabei den Gesetzgebern des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden die Aufgabe, dessen Höhe und Modalitäten festzusetzen. Im Kanton Graubünden wird die soziale Hilfe namentlich durch das Gesetz über die Unterstützung Bedürftiger vom 3. Dezember 1978 (SR/GR 546 250) geregelt.

3.2 Auf dem Gebiet der Ergänzungsleistungen umfassen die massgeblichen Einnahmen gemäss Art. 3 c Abs. 1 lit. g [a]ELG die Einnahmen und Vermögensteile, auf die der Versicherte verzichtet hat. Ein Verzicht im Sinne dieser Bestimmung liegt namentlich vor, wenn eine versicherte Person ohne Rechtspflicht auf Vermögensteile verzichtet oder bestimmte Einnahmen- oder Vermögenselemente verlangen kann, ohne indessen die entsprechenden Ansprüche geltend zu machen (BGE 123 V 35 E. 1 S. 37 m.Hinw. = Pra 86 Nr. 156; RAYMOND SPIRA, Transmission de patrimoine et dessaisissement au sens de la loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'AVS/AI [LPC], SZS 1996, S. 210 ff.). Damit ein Verzicht auf Einnahme- oder Vermögenselemente berücksichtigt werden kann, muss er «ohne Rechtspflicht» bzw. «ohne angemessene Gegenleistung» erfolgen, wobei diese zwei Bedingungen nicht kumulativ, sondern vielmehr alternativ zu verstehen sind (BGE 131 I 329 E. 4.3 S. 334).

3.3 Im Unterschied zu dem, was im Bereich der Ergänzungsleistungen gilt (siehe zum Beispiel Urteil P 55/05 vom 21. Januar 2007, in welchem dieses Gericht entschieden hat, dass der Verlust eines Betrages von CHF 120 000.– im Rahmen einer mit einem Betrug verbundenen Risikoanlage Vermögen darstellt, auf welches der Versicherte verzichtet hat), kann die Hilfe in Notlagen i.S.v.

[Seite 563]

Art. 12 BV einer bedürftigen Person nicht herabgesetzt oder verweigert werden, selbst wenn Letztere für ihre Lage persönlich verantwortlich ist; es handelt sich um eine Konkretisierung des Grundsatzes der Subsidiarität der sozialen Hilfe, die den letzten Rettungsanker für das Individuum darstellt (siehe zum Beispiel BGE 121 I 367 E. 3 b S. 375; JEAN-FRANCOIS AUBERT/PASCAL MAHON, Petit Commentaire de la Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999, N 5 zu Art. 12 BV; ANDREAS AUER/GIORGIO MALINVERNI/MICHEL HOTTELIER, Droit constitutionnel suisse, Bd. II, S. 683 N 1532; JÖRG PAUL MÜLLER, Grundrechte der Schweiz, 3. Aufl., Bern 1999, S. 178; KATHRIN AMSTUTZ, Das Grundrecht auf Existenzsicherung, Diss. Bern 2002, S. 304). Diesbezüglich ist allein die aktuelle und tatsächliche Lage des Betroffenen im Zeitpunkt der Prüfung seines Anspruchs auf minimale Lebensbedingungen massgeblich (MÜLLER, a.a.O., S. 170). Mit anderen Worten sind die Gründe, die zur Bedürftigkeit geführt haben, unter dem Gesichtswinkel des von Art. 12 BV gewährten Schutzes irrelevant (siehe auch BGE 131 I 166 E. 4.3 S. 174 m.

Hinw.). Von diesen Voraussetzungen ausgehend konnte die Gemeinde das Gesuch des Beschwerdeführers nicht in analoger Anwendung der beim Verzicht auf Einnahme- oder Vermögenselemente im Rahmen der Ergänzungsleistungen geltenden Grundsätze abweisen.

4.

Eine andere Frage ist, ob den Kindern des Beschwerdeführers aufgrund von Art. 328 und 329 ZGB eine Beistandspflicht dem Vater gegenüber obliegt.

4.1 Die Erstrichter und die Gemeinde halten dafür, dass die als Erbvorbezug abgetretenen Vermögenswerte hauptsächlich zum Unterhalt des Beschwerdeführers bestimmt sein müssen. Es ist unter diesem Gesichtswinkel wahr, dass zur Leistung des zum Unterhalt des bedürftigen Verwandten notwendigen Beistandes der verpflichtete Verwandte gehalten ist, sein Vermögen anzugreifen, ausser wenn dieses unberührt bleiben muss, um langfristig seinen eigenen Unterhalt und namentlich seine Altersvorsorge zu garantieren (**BGE 132 III 97 E. 3 S. 104**). Es ist ebenfalls richtig, dass die Lehre es erlaubt, die Beitragsfähigkeit des verpflichteten Verwandten mit weniger Zurückhaltung zu werten und zu schätzen, wenn es sich um geerbtes Vermögen handelt (siehe **BSK ZGB I-KOLLER**, N 15 zu Art. 328/329; vgl. auch **BGE 132 III 97 E. 3.2 S. 106**).

4.2 Gemäss den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe ([SKOS], 4. Aufl., Bern 2005), auf welche die Gemeinde sich bezieht, verzichtet man darauf, die Beitragsfähigkeit von Verwandten zu prüfen, deren steuerbares Einkommen (einschliesslich des in Einnahmen umgewandelten Vermögensteils) weniger als CHF 60 000.– für Alleinstehende beträgt. Vom steuerbaren Vermögen kann ein frei verfügbarer Betrag (CHF 100 000.– für Alleinstehende) abgezogen werden. Der verbleibende Betrag muss aufgrund der durchschnittlichen **[Seite 564]** Lebenserwartung in Einnahmen (jährlicher Betrag) umgewandelt werden und als solche gemäss der diesbezüglichen Umrechnungstabelle angerechnet werden.

4.3 In Bezug auf die oben zitierten Bestimmungen des Zivilgesetzbuches ist die Sozialhilfe subsidiär (**BSK ZGB I-KOLLER**, N 36 zu Art. 328/329). Dennoch können sich auch Personen mit auf den Art. 328 und 329 ZGB begründeten Ansprüchen in einer Notlage befinden, wenn diese Ansprüche nicht kurzfristig eintreibbar sind (**MÜLLER**, a.a.O., S. 170). In dem zur Diskussion stehenden Streitfall hat die beschwerdegegnerische Gemeinde angesichts der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der zwei Kinder (steuerbare Einkommen von CHF 23 500.– beziehungsweise CHF 58 000.–) verneint, dass die Voraussetzungen für die Anwendung der erwähnten Bestimmungen gegeben sind. Demzufolge kann sich die Gemeinde nicht auf den Grundsatz der Subsidiarität berufen und dem Beschwerdeführer vorwerfen, darauf verzichtet zu haben, von den Kindern auf gerichtlichem Weg einen Beitrag verlangt zu haben. Was die Beiträge von Verwandten anbelangt, ist es im Übrigen gemäss den von der SKOS erlassenen Richtlinien (F.4) sinnvoll, diese aufgrund gegenseitiger Absprachen zu erzielen, wobei stets die Auswirkungen auf die Hilfesuchenden und auf den Hilfsprozess mit zu bedenken sind. Im Streitfall wird es Aufgabe der Behörde, der gemäss Art. 25 des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (**ZUG; SR 851.1**) die Pflicht und/oder die Last der Unterstützung obliegt, sein, auf dem Rechtsweg vorzugehen und die Beiträge für die Zukunft sowie rückwirkend für höchstens ein Jahr vor der Klageeinleitung einzufordern (**JUDITH WIDMER**, Verhältnis der Verwandtenunterstützungspflicht zur Sozialhilfe in Theorie und Praxis, Zürich 2001, S. 78 ff.). Die Behörde übernimmt in diesem Fall die Ansprüche der unterstützten Person bis zur Höhe der eigenen Vorschüsse (**Art. 329 Abs. 2 i.V.m. Art. 289 Abs. 2 ZGB; BGE 133 III 507 E. 5.2 S. 510; BSK ZGB I-KOLLER**, N 36 zu Art. 328/329). Demzufolge kann im vorliegenden Streitfall dem Beschwerdeführer die Hilfe nicht mit der Begründung verweigert werden, dass diesem aus dem Erlös der den Kindern abgetretenen Vermögenswerte ein eventueller Unterhaltsanspruch zugestanden habe. Wenn die Gemeinde (oder die eventuell zuständige kantonale Behörde) unter Berücksichtigung allfälliger Zunahmen des Vermögens und der Einnahmen aus den Liegenschaften dafür hielte, dass diese Vermögenswerte zum Unterhalt des Beschwerdeführers bestimmt sind, kann sie eine auf Art. 328 und 329 ZGB gestützte Klage einreichen. Haben pflichtige Verwandte unbewegliches Vermögen, dessen (teilweise) Verwertung nicht möglich oder

nicht zumutbar ist, wird die Behörde mit diesen eine spezielle Vereinbarung über die Fälligkeit des Betrages nach einem Verkauf des Vermögenswertes oder nach dem Ableben des Pflichtigen abschliessen (Richtlinien SKOS, F.4).

5.

Die Gemeinde beruft sich auf Rechtsmissbrauch des Beschwerdeführers.

[Seite 565]

5.1 Im Allgemeinen liegt Rechtsmissbrauch dort vor, wo ein bestimmtes Rechtsinstitut angerufen wird, um Interessen zu verwirklichen, die dieses Institut nicht schützen will (siehe zum Beispiel **BGE 128 II 145** E. 2.2 S. 151). Die Rechtsprechung hat bis dahin die Annahme nicht verworfen, dass das Verfassungsrecht auf Hilfe in Notlagen missbräuchlich ausgeübt werden kann, mit der sich daraus ergebenden Verweigerung oder Herabsetzung der sozialen Unterstützung (siehe zum Beispiel **BGE 131 I 166** E. 6.2 S. 178; **130 I 71** E. 4.3 S. 76; **122 II 193** E. 2c/ee S. 198). Die Lehre ist hingegen praktisch einhellig der Auffassung, dass im Bereich der Ausübung der sich aus **Art. 12 BV** ergebenden Rechte kein Raum für Rechtsmissbrauch existiert, da diese Bestimmung ein unantastbares Existenzminimum garantiert (siehe unter anderen AMSTUTZ, a.a.O., S. 304 ff.; GABRIELA RIEMER-KAFKA, Das Verhältnis zwischen Grundrecht auf Hilfe in Notlagen und Eigenverantwortung, in: Carlo Tschudi [Hrsg.], Das Grundrecht auf Hilfe in Notlagen, 2005, S. 147 f.; ibidem: PETER UEBERSAX, Die bundesgerichtliche Rechtsprechung zum Recht auf Hilfe in Notlagen im Überblick, S. 55; THOMAS GÄCHTER, Rechtsmissbrauch im öffentlichen Recht, unter besonderer Berücksichtigung des Bundessozialversicherungsrecht, Zürich/Basel/Genf, 2005, S. 330; vgl. auch **BGE 131 I 166** E. 6.2 S. 178).

5.2 Im vorliegenden Fall erübrigt sich eine Prüfung dieser Frage. Denn ein Rechtsmissbrauch setzt notwendigerweise voraus, dass die bedürftige Person absichtlich die eigene Lage allein zum Zweck verursacht hat, um sich in der Folge auf das Recht auf Hilfe in Notlagen berufen zu können (**BGE 121 I 367** E. 3 d S. 377). Dieser Wille muss klar und unbestreitbar festgestellt werden. Der Missbrauch muss daher offensichtlich sein (**BGE 121 I 367** E. 3 d S. 378). Blosser Verdachtsmomente und Indizien sind ungenügend (AMSTUTZ, a.a.O., S. 311).

5.3 Die Vermögensabtretung ist vorliegend im Jahr 1997 erfolgt. Es lässt sich nun nicht im Ernst behaupten, der Beschwerdeführer habe seine eigenen Vermögenswerte in der Absicht abgetreten, um mehrere Jahre später die Bestimmungen über die Sozialhilfe zu umgehen. Es ist richtig, dass das Nutzniessungsrecht zu seinen Gunsten im Jahr 2005 gelöscht worden ist – in dem Jahr, in dessen Verlauf er der Gemeinde sein Gesuch eingereicht hat. Der angefochtene Entscheid enthält dennoch keine Feststellung, die den Schluss erlaubten, dass der Beschwerdeführer allein mit der Absicht, Sozialhilfeleistungen zu erhalten, freiwillig auf sein Nutzungsrecht verzichtet hätte. Wahrscheinlicher erscheint, dass der Beschwerdeführer, damals 82-jährig, hilflos, zu Gunsten des Sohnes auf das Nutzungsrecht verzichtet hat, wohlwissend, dass er nach der Unterbringung in einem Pflegeheim und angesichts der Unterhaltslasten für das Haus die eigene Wohnung auf jedem Fall nicht mehr bewohnen können. Es lässt sich gewiss nicht behaupten, dass der Beschwerdeführer zu jenem Zeitpunkt notwendigerweise die Vorteile seines rechtlichen Handelns unter dem Gesichtspunkt der Sozialhilfe vorausgesehen habe.

[Seite 566]

5.4 In Ermangelung eines offensichtlichen Missbrauchs kann die Ablehnung des Gesuchs durch die Gemeinde das von **Art. 12 BV** garantierte Existenzminimum nicht berühren. Man könnte sich gewiss fragen, ob die dieses Existenzminimum übersteigenden Leistungen im konkreten Fall in Abhängigkeit von einer eventuellen Verantwortung des Beschwerdeführers für seine Notlage gekürzt werden könnten (siehe zum Beispiel **BGE 131 I 166** E. 4.3 S. 174; CARLO TSCHUDI, Die Auswirkungen des Grundrechts auf Hilfe in Notlagen auf sozialhilferechtliche Sanktionen, in: Carlo Tschudi, a.a.O., S. 117 ff.). Die Frage kann offen gelassen werden, da der Fall aus den nachfolgenden Gründen ohnehin an die Gemeinde zurückgewiesen werden muss.

6.

Daraus folgt demnach, dass die Gemeinde in Bezug auf den von **Art. 12 BV** garantierten Schutz nicht berechtigt war, die eigenen Leistungen mit der Begründung zu verweigern, der Beschwerdeführer habe zu Gunsten seiner Kinder auf sein Vermögen verzichtet.

7.

Im vorliegenden Fall ist es unstrittig, dass seine derzeitigen Einnahmen es dem Beschwerdeführer nicht ermöglichen, vollumfänglich für die notwendigen Kosten seiner Unterbringung in einem Pflegeheim aufzukommen. Es ist auch nicht bestritten, dass diese Kosten Bestandteil der Sozialhilfe sind, zu deren Leistung an Personen in Notlagen die Gemeinde aufgefordert werden kann. Da es nicht Aufgabe des Bundesgerichts ist, über die dem Beschwerdeführer zu gewährenden Fürsorgeleistungen zu entscheiden, müssen der angefochtene Entscheid und die durch ihn geschützte Massnahme aufgehoben und die Sache zu neuem Entscheid an die Gemeinde zurückgewiesen werden (**Art. 107 Abs. 2 BGG**), die gegebenenfalls die eventuellen Möglichkeiten einer unter wirtschaftlichen Aspekten günstigeren Unterbringung prüfen wird. Es wird ausserdem angebracht sein, dass die Frage des wegen des Verzichts anrechenbaren Vermögens durch die für die Ergänzungsleistungen zuständigen Behörden geklärt wird, da sie für die ihm gewährten Leistungen entscheidend ist.

8. [...]